

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 2

Buchbesprechung: Zauberformel : fauler Zauber? : Die Schwachstellen der Konkordanzdemokratie [Ruedi Brassel, Bernard Degen, Andreas Gross, Jakob Tanner]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sein? Natürlich, in den Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs fielen auch für die Sozis Brosamen vom reichlich gedeckten Tisch, es gab ja von Allem mehr als genug. Nun, da der Wind etwas rauher weht, wandern auch diese Brosamen in den Schlund der Reichen.

Was uns der Weg in die Opposition bringen könnte

Während sich heute viele SP-Frauen fragen, ob sie gleich aus der Partei austreten oder ob sie noch den Parteitag von Anfang Februar abwarten sollen, würden wahrscheinlich — sollte die SPS den mutigen Schritt wagen — sehr viele Frauen neu der Partei beitreten. Gerade Frauen haben ein grosses Misstrauen gegenüber der traditionellen Parteipolitik, sie verstehen die scheinbare Kompromissfreudigkeit der SPS nicht. Die sogenannte Hintergrundarbeit ist per definitionem nicht sichtbar, daher muss es ihnen so vorkommen, als verträte die SPS die gleichen Positionen wie die bürgerlichen Parteien. Für feministische und andere Anliegen engagierte Frauen würden einer SPS eher Vertrauen schenken, die klar und eindeutig Stellung nehmen kann und darf.

Zwar identifizieren sich die SP-Frauen seit eh und je mit den Zielen der feministischen Bewegung, sie haben oft auch aktiv an deren Initiativen teilgenommen (siehe gleiche Rechte, Mutterschutz, Fristenlösung). In vielen Fällen befanden sie sich jedoch in der misslichen Lage, «politischen Realismus» predigen, Kompromisse vorschlagen zu müssen. Denn sie sind Teil der SPS, die ihrerseits Geisel der Konkordanzpolitik ist.

Wenn wir nicht durch die Konkordanzpolitik gebunden wären, könnten wir uns glaubwürdiger mit jenen Bewegungen solidarisieren, die heute Bürgerinnen und Bürger für bestimmte

Ziele mobilisieren, welche programmatisch auch Ziele der SPS sind (Umweltschutz, Pazifismus, Solidarität mit der dritten Welt, Feminismus). Für uns SP-Frauen wäre der Schritt in die Opposition auch ein klares Bekenntnis der Partei zu den erwähnten Zielen, vorab zum feministischen Sozialismus.

Die Zeit für einen mutigen Schritt ist gekommen. Verges-

sen wir nicht, dass eine Partei auch nur aus Menschen besteht. Und dass sie mit dem Engagement aller ihrer Mitglieder steht und fällt. Wir müssen uns als Partei entscheiden, ob wir den engagierten Bürgerinnen und Bürgern gegenüber noch mehr an Glaubwürdigkeit einbüßen wollen oder ob wir — auch in ihrem Interesse — den steinigere Weg wählen.

Das Buch zur aktuellen Debatte

Zauberformel: Fauler Zauber?

Die Schwachstellen der Konkordanzdemokratie

Die letzte Bundesratswahl hat — für viele überraschend — eine der wichtigsten innenpolitischen Debatten ausgelöst. Die schweizerische Öffentlichkeit ist aber kaum auf Entscheidungen von solcher Tragweite vorbereitet, denn noch vor kurzem wurde der Gedanke, die SP könnte aus der Landesregierung ausscheiden, weitherum als völlig unrealistisch betrachtet. Inzwischen haben zwar die Medien einige Elemente zur Meinungsbildung geliefert. Nur Eingeweihte wissen aber, dass in den verschiedensten Kreisen schon seit Jahren über die Schwachstellen der Konkordanzdemokratie diskutiert wird. Die jetzige Debatte bietet Gelegenheit, einige wichtige Aspekte dieser Kritik, die bisher vor allem in politologischen Fach- und politischen Insider-Kreisen bekannt waren, einem breitem Publikum zugänglich zu machen.

Nach der Wahl vom 7. Dezember haben sich *Ruedi Brassel*, *Bernard Degen*, *Andreas Gross* und *Jakob Tanner* zusammengesetzt und sich über die Mög-

lichkeiten zur Publikation dieser Kritiken unterhalten. Sie haben sich entschlossen, einige bekannte Autoren um Beiträge anzugehen, um diese in einem Buch zusammenzufassen. So sind 14 Beiträge, drei Interviews sowie eine Dokumentation zustande gekommen, die soeben unter dem Titel «Zauberformel: Fauler Zauber?» im Basler Z-Verlag erschienen sind. Die Autoren hoffen, mit-helfen zu können, die durch die Medien stark personalisierte Diskussion auf eine grundsätzlichere Ebene zu heben und eine vertiefte Meinungsbildung anzuregen. Entsprechend dem breiten Interesse an der Frage ist das Buch weder vom Herausgeberkollektiv noch von den Autoren nur auf die SP ausgerichtet, obwohl diese natürlich in verschiedener Hinsicht prägend wirkte.

Die beiden Beiträge von *Bernard Degen* und *Jakob Tanner* versuchen das schweizerische Konkordanzmodell auf dem Hintergrund ausländischer Erfahrungen und Entwicklungen zu beurteilen. *Bernard Degen*

zeigt, wie auch bei der «Zauberformel» die Fixierung auf den «Sonderfall Schweiz» die Aussicht auf zentrale Probleme und Einsichten verstellt und zieht eine eher ernüchternde Bilanz der «Erfolge» sozialdemokratischen Mitregierens auf Bundesebene. *Jakob Tanner* untersucht die prägenden Einflüsse, welche vom ausserparlamentarischen Kräfteverhältnis und vom Grad der Weltmarktintegration der nationalen Ökonomie auf die Regierungspolitik — ob nun sozialistisch oder nicht — ausgehen, und konkretisiert diese am Fall der Schweiz.

Eher historisch orientiert sind die Aufsätze von *François Masnata*, *Ruedi Brassel*, *Wolf Linder* und *Max Meier*. *François Masnata* entwirft eine historisch fundierte Kritik an der SP-Bundesratsbeteiligung. Die Analyse der realen Machtverhältnisse entlarvt den Konsens als eine besondere Form des Zwangs. *Ruedi Brassel* sieht die geschichtliche Wurzel der Identifizierung der SP mit dem bürgerlichen Staat in der Verständigungspolitik angesichts der faschistischen Bedrohung Ende der 30er Jahre. Darauf bauen Pragmatismus und Profilverlust der Hochkonjunkturzeit auf.

Max Meier geht dem Problem der abnehmenden Stimmbeteiligung nach, das bei potentiellen SP-Wählern ausgeprägter ist als anderswo.

Wolf Linder analysiert die heutigen Krisenzustände der helvetischen Konkordanz auf dem Hintergrund des abflachenden Wirtschaftswachstums und des gesellschaftlichen Wertwandels.

Vier weitere Artikel können unter das Stichwort «Unbehagen in der Konkordanzdemokratie — Aufbruch in die Opposition» gefasst werden. *Hans A. Pestalozzi* und *Arnold Künzli* sehen die Frage um den Bun-

desratsaustritt und den Aufbau einer echten Opposition als die Überlebensfrage der SP überhaupt. Dabei muss nach *Arnold Künzli* die SP durch die Besinnung auf Grundsätze — und nicht auf eine neue Taktik — zuerst ihre Glaubwürdigkeit wieder herstellen, die ihr durch Mitmachen im bürgerlichen Eintopf abhanden gekommen ist. *Hans A. Pestalozzi* denunziert die anpasserischen Illusionen, dass sich durch eine Bundesratsbeteiligung der SP die Ziele einer freien, demokratischen und sozialistischen Gesellschaft verwirklichen liessen. Ihre Ablehnung der Konkordanzzwänge artikulieren *Vera Gianella* und *Christine Zenger* nicht nur aufgrund einer Gesamteinschätzung, sondern auch aus persönlicher Erfahrung. *Vera Gianella* zeichnet in diesem Sinne ein Stimmungsbild nach dem 7. Dezember, in dem aus der Spannung zwischen Engagement und Resignation auf die Möglichkeiten einer anderen Politik reflektiert wird. Solche Gedanken finden sich auch in dem von *Christine Zenger* veröffentlichten Brief. Das darin ausgedrückte Unbehagen, in der Politik männlich dominierten Strukturen unterworfen zu sein, wird mit der Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen in Verbindung gebracht, einer Frau, die sich in eben diese Strukturen einbeziehen liess. Mehrere Beiträge kreisen um die Voraussetzungen und Perspektiven einer sozialistischen Opposition in der Schweiz und behandeln damit ein Thema, das nicht nur für die SP an Bedeutung gewinnen wird.

Der Beitrag von *Hanspeter Kriesi*, der in dieser Nummer der «Roten Revue» ebenfalls abgedruckt ist, stellt die Frage nach den gesellschaftlichen- und weniger nach den institutionellen Bedingungen für eine neue Oppositionspolitik. Gera-

de weil sich heute eine neue Opposition formiert, wird nach *Kriesi* ein weiteres Verbleiben der SP in der helvetischen Konkordanz immer ruinöser, während sie in der Oppositionsrolle den Anschluss an die zukunfts-trächtigen sozialen Bewegungen und an die neuen Wertorientierungen gewinnen könnte.

Jean Ziegler zeigt auf, dass heute der Nationalstaat angesichts der Dominanz des multinationalen Kapitals politisch mehr und mehr ausmanövriert wird. Der Weg zu einer sozialistischen Demokratie muss nach *Ziegler* über die Volksfront der neuen Massenbewegungen gehen. Eine SP, die endlich aufhört, das «Rote Kreuz des Kapitalismus» zu spielen, könnte zu einer Clearing-Stelle für diese Bewegungen werden.

Andreas Gross setzt sich mit der Frage auseinander, wie eine Oppositionspolitik der SP aussehen müsste, die nicht nur neue Konzepte für gesellschaftliche Probleme zu liefern, sondern auch neue Formen demokratischer Partizipation für jene Bevölkerungskreise, die ihre Interessen in den Institutionen nicht mehr aufgehoben sehen, vorzuschlagen imstande wäre. Eine solche Oppositionspolitik hat sich einerseits mit dem heute sichtbaren Trend zur total verweigernden Fundamentalopposition auseinanderzusetzen, andererseits jedoch auch praktikable Vorschläge für eine sozialistische Politik zu erarbeiten.

Raymond Glas, SP-Exekutivpolitiker in Biel, hält einleitend fest, die Exekutivbeteiligung könne für die SP auf allen Ebenen immer nur ein Mittel sein, um ihr Ziel, eine sozialistische Gesellschaft, zu erreichen. Er kommt zu einer differenzierten Einschätzung der Möglichkeiten sozialdemokratischer Regierungsarbeit. Obwohl *Glas* gelungene Beispiele linker Kommunalpolitik in Biel zu doku-

mentieren vermag, äussert er sich ablehnend zur SP-Bundesratsbeteiligung und kritisiert darüber hinaus die elektoralistische Schlagseite der Partei.

Nach diesen Beiträgen folgen drei Interviews. Das Gespräch mit dem eben 75 Jahre alt gewordenen langjährigen SP-Nationalrat und VPOD-Sekretär *Max Arnold* setzt ein mit den 50er Jahren. Er äussert die Ansicht, die Flucht aus der Opposition in die Regierung sei damals ebenso falsch gewesen, wie es eine Flucht aus der Regierung in die Opposition heute sei. Obwohl er grundsätzlich die SP-Bundesratsbeteiligung gutheisst, ist er doch betroffen von der bürgerlichen Arroganz und macht Vorschläge für ein Konkordanzmodell, in dem die SP auch ihre Stärke dokumentieren könnte.

Der in den 50er Jahren noch der PdA angehörende und seit Beginn der 60er Jahre im Kanton Neuenburg und auf Bundesebene in der SP politisierende *René Meylan* stellt aufgrund einer nüchternen Kosten-Nutzen-Analyse fest, die SP solle sich heute für einen Austritt aus dem Bundesrat entschliessen. Die Regeneration der Partei in der Opposition könne zu jener neuen Glaubwürdigkeit führen, deren die Partei so dringend bedürfe; eine anpasserische Politik helfe demgegenüber in der heutigen Situation nicht weiter. Im Interview mit *Hans Schäppi*, GTCP-Sekretär in Basel, werden die Zusammenhänge zwischen der Verschärfung der Verteilungskämpfe und der Verhärtung der politischen Fronten deutlich. Zentrales Problem einer Oppositionspolitik ist aus der Sicht des linken Gewerkschafters die Mobilisierung. Die Verhandlungsstärke ist vor allem durch die Wirksamkeit dieser Mobilisierung bedingt und weniger durch die Besetzung institutioneller Positionen.

Die abschliessende *Dokumentation* gliedert sich in 2 Teile. In einem ersten, aktuellen Teil kommen Stimmen zu Wort, die einen Bestandteil der öffentlichen und SP-internen Auseinandersetzung um die SP-Bundesratsbeteiligung bildeten. Unter anderem wird das TV-Interview mit *Max Frisch* vom 13. Dezember, die Kontroverse *Peter Hablützel* — *Toya Maisen* und die Überlegungen *Rue-*

di Strahms zum innern Zustand der Partei abgedruckt. Im zweiten Teil der Dokumentation sind Quellen zur historischen Auseinandersetzung um die SP-Bundesratsbeteiligung zu finden. Ebenso werden die wichtigsten Positionen der Debatte in den ausgehenden 1970er Jahren dokumentiert.

Ruedi Brassel, Bernard Degen, Andreas Gross, Jakob Tanner

Voraussetzungen für eine effiziente Oppositionspolitik

Kopflöse Parteileitung?

Von Rudolf H. Strahm, Zentralsekretär des SPS

Das Tempo, mit dem die Mehrheit in der SPS-Parteileitung von massiver Gegnerschaft zur flammenden Befürwortung des Bundesratsaustritts gewechselt hat, war atemraubend. Aber bei diesem raschen Meinungsumschwung hat man kaum Zeit gefunden, über die Oppositionsrolle der Sozialdemokratischen Partei in der nächsten Etappe Vorstellungen zu entwickeln.

Wenn wir am 11./12. Februar 1984 den Bundesratsaustritt beschliessen, dann werden wir diesen Schritt in die Oppositionsrolle schlecht vorbereitet tun. Wir haben kein Konzept und keine einheitliche Erwartung von Zeitdauer und Anforderungen der Wegstrecke, die vor uns liegt. Da herrschen Vorstellungen von «Traumrolle» und «Jungbrunnen» der Opposition oder Illusionen einer parlamentarischen Blockopposition, wie wir sie im englischen oder bundesdeutschen System kennen.

Im Papier der Geschäftsleitung zur Bundesratsbeteiligung sind die Vorstellungen über die zukünftigen Aufgaben der Oppo-

sition auf zwei Seiten zusammengestaucht und erst noch in den Anhang verwiesen worden; wobei auch die Angst mitgespielt haben mag, man würde durch die Nennung dieser neuen Anforderungen nach einem allfälligen Bundesratsaustritt den «Austrittspreis» optisch zu hoch ansetzen.

Ich bin überzeugt, dass die gegenwärtige Krise der Partei auch zu ihrer Chance werden kann: zur Chance für die Regeneration und Mobilisierung. Aber die Phase der Opposition wird mutmasslich zu einer langen Wüstenwanderung werden. Dies jetzt zu sagen, scheint mir ein Gebot der Ehrlichkeit. Nachdem sich offensichtlich vor dem Austrittsbeschluss viele nicht verantwortlich fühlen, die zukünftige Oppositionsrolle vorausdenken, sehe ich es als meine Aufgabe, hier einige *Voraussetzungen einer effizienten Oppositionspolitik zu nennen*. Nur wenn wir solche Voraussetzungen erfüllen, können wir die im Regierungsaustritt vorhandenen Chancen auch ausnützen.